

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Bauernverband
Claire-Waldorf-Str. 7
10117 Berlin

DIE LINKE zu Landwirtschaft und Agrarpolitik

1. Zum Ende der nächsten Legislaturperiode werden entscheidende Weichenstellungen für die nächste EU-Finanzplanungsperiode und damit für die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik (GAP) vorgenommen. Wie sehen Ihre Vorstellungen für eine "GAP nach 2013" sowie die Zukunft des europäischen Haushalts aus?

Die notwendigen Agrarbeihilfen sind künftig zielgenauer sozial und ökologisch, auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und Existenz sichernde Arbeitsplätze, auszurichten. Eine Kürzung des Agrarbudgets muss vermieden werden. Die Grundversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln sowie Biomasse benötigt eine stabile Agrarstruktur. Die betriebliche Förderung darf nicht gegen die Förderung der Dörfer und kleinen Städte ausgespielt werden. Deshalb fordert die LINKE bedarfsgerecht ausgestattete, leicht zugängliche und vor Ort verwaltete Regionalbudgets. Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" muss bedarfsgerecht finanziert werden. Die Förderung der ländlichen Räume bleibt eine zentrale politische Verantwortung in der EU.

2. Die positive Entwicklung des Agrarstandortes Deutschland verlangt nach wettbewerbsförderlichen Rahmen- und Standortbedingungen. Welche Maßnahmen zur Kostenentlastung und Wettbewerbsförderung der Bauern werden Sie in Angriff nehmen? Wie stehen Sie zur Forderung des DBV, eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage einzuführen sowie den Agrardieselsteuersatz zu senken? Müssen, wenn ja welche, Standards im Tier-, Natur- und Umweltschutz angepasst werden?

Die aktuelle Krise zeigt, dass die Idee eines ausschließlich sich selbst steuernden Marktes gescheitert ist. Standards im volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse müssen politisch entschieden und staatlich durchgesetzt werden. Nicht kostendeckende Erzeugerpreise tragen zu den überwiegend niedrigen landwirtschaftlichen Einkommen bei. Deshalb fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn auch für die Agrarwirtschaft. Nicht mehr Produktion sondern mehr regionale Wertschöpfung muss ins Zentrum der Debatte gerückt werden. Dazu brauchen wir die Stärkung von Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften auf regionaler Ebene. Die Agrardieselbesteuerung sollte zur Liquiditätssicherung in der Krise befristet, bis zur Einführung eines gerechten, EU-weit harmonisierten Systems, ausgesetzt werden. Zukünftig sollte die Umstellung der Landmaschinenflotte auf Pflanzenkraftstoffe finanziell unterstützt

werden. Die Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft lehnt DIE LINKE ab, weil sie die landwirtschaftlichen Strukturen in den ärmeren Ländern bedroht.

3. Der Deutsche Bauernverband hat im Jahr 2006 ein "Schwarzbuch Bürokratieabbau" vorgelegt. Es folgten auf nationaler und europäischer Ebene zahlreiche Initiativen und Maßnahmenpakete, um der Überbürokratisierung im Agrarbereich Herr zu werden. Wo sehen Sie Nachhol- bzw. neuen Handlungsbedarf zum Bürokratieabbau für Landwirte?

Bürokratieabbau muss den Betrieben helfen, darf aber nicht zum Selbstzweck werden oder durch die Hintertür gesellschaftlich gewollte Standards schleifen. Dringend zu prüfen ist aus Sicht der Linken die von der EU vorgesehene obligatorische elektronische Kennzeichnung von Schafen und Ziegen hinsichtlich der Kostenbelastungen besonders für kleinere Betriebe und Hobbyhaltungen.

Vorschriften zur Nachkennzeichnung von Einzeltieren können vereinfacht werden. Weitere Möglichkeiten zum Bürokratieabbau liegen in einer EU-weiten Harmonisierung der Cross Compliance - Kontrollen und - Sanktionen, die Ziel führender ausgestaltet werden können. Die heute vielfach elektronisch verfügbaren Hilfen bei Verwaltungsvorgängen könnten eine große Unterstützung sein, würde aber die Nutzbarkeit des Internets voraussetzen. Defizite beim Ausbau der Breitband-Versorgung vor allem in ländlichen Räumen sind daher sehr schwerwiegend.

4. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft hat in den letzten Jahren ihre Markt- und Exportorientierung deutlich verbessern können. Durch das Absatzfondsurteil vom 03.02.2009 sind wichtige Bausteine dieser Erfolgsstory weggebrochen. Was werden Sie insbesondere im Bereich der Absatzförderung und Marktinformation tun, um die marktorientierte Ausrichtung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft weiter zu befördern?

Das Absatzfondsurteil hat die Tür zu einer Neuorientierung geöffnet. Aus Sicht der LINKEN muss Absatzförderung stärker auf eine enge Verbindung zwischen den Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen orientiert werden. Das stabilisiert und stärkt alle Beteiligten. Vor allem sollten Projekte gefördert werden, die ökologisch und sozial ausgerichtet und regional verankert sind. Dabei bleibt die Absatzförderung in erster Linie eine Aufgabe der Beteiligten in der gesamten Produktionskette. Staatliche Regulierung soll dort unterstützen, wo gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Interessen gesichert werden müssen. Bei der Überwachung der Marktpreisentwicklung ist Unabhängigkeit sehr wichtig. Deshalb sehen wir diese aufgrund der Rückwirkung der Marktpreise auf die Agrarstrukturen und die Verbraucherpreise als hoheitliche Aufgabe, in deren Finanzierung die Agrarwirtschaft eingebunden werden sollte. Eine Exportorientierung der Absatzförderung der EU-Agrarwirtschaft lehnt DIE LINKE ab, weil sie weder national noch international sozial oder ökologisch sinnvoll ist.

5. Bioenergie und Biokraftstoffe waren in der ablaufenden Legislaturperiode mal "Heilsbringer", dann wieder "Buhmann" in der politischen Diskussion um Nahrungsmittelpreise, Entwicklungspolitik und Klimaschutz. Welchen zukünftigen Entwicklungspfad sehen Sie für Bioenergie und Biokraftstoffe? An welcher Stelle der bisherigen Politik muss wie eingegriffen werden, um der Branche verlässliche Perspektiven zu eröffnen?

In Europa stehen Anbauflächen nur begrenzt zur Verfügung. Nahrungsmittel für die Sicherung der regionalen Selbstversorgung haben Vorrang. Wir kritisieren, dass Flächen für Agrarexporte

blockiert werden. Auf solchen Flächen sollte Biomasse angebaut werden. Bei der energetischen Nutzung sollte die Strom-Wärme-Erzeugung Vorrang vor Kraftstoffnutzung haben. Die Biokraftstoffstrategie der Bundesregierung ist gescheitert. Deshalb müssen der Beimischungszwang und die Besteuerung sofort zurück genommen werden. Die LINKE hat immer eine Biomassestrategie gefordert, die eine dezentrale Erzeugung und Nutzung reiner Agro-Kraftstoffe im nationalen Maßstab fördert. Das schließt ein Moratorium für Agro-Kraftstoff-Importe ein.

In der Eigenversorgung mit Kraftstoffen in der Landwirtschaft ist mittelfristig ein Umsteuern von fossil gewonnenem Agrodiesel in Richtung biogener, regenerativer Kraftstoffe erforderlich. Hier kann die Landwirtschaft einen deutlichen Beitrag zur Reduzierung der CO² - Emissionen leisten. Die LINKE setzt sich für die Stärkung einer umweltverträglichen Biogaserzeugung ein.